

# Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.  
Verlagskonto Nr. 23 885. Sozialistischer Verlag e. G. m. B. H. Breslau.  
Vertriebs-Kontaktpunkt: Alina Nr. 6887.

Freitag, 16. September 1921

Anzeigenpreis: Die gewöhnliche Millimeterzeile über deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, gewöhnlich oder deren Raum im Text 8.— Mk.

## Ein neues Spikelmanöver Weißmanns.

Kürzlich veröffentlichten wir ein Schreiben des Herrn Weißmann, Kommissar für öffentliche Ordnung, an die Reichsregierung, das den eigentlichen Urheber der Reichspräsidentenverordnung, die sich gegen die Arbeiterschaft richtete, aufgezeigt hat. Aber nicht nur in der inneren Politik bestimmt Herr Weißmann das Vorgehen der Reichsregierung, sondern auch auf die äußere Politik erstreckt sich sein Einfluß.

Obgleich die deutsche Reichsregierung mit Rußland einen Handels- und Freundschaftsvertrag abgeschlossen hat, muß festgestellt werden, daß die Behandlung der Vertreter der russischen Sowjetregierung von den deutschen Behörden nach besonderen Grundregeln erfolgt und ihnen alle möglichen Schikanen bereitet werden, die noch niemals einem Vertreter einer bürgerlichen Regierung geboten worden sind. Seit Wochen liegen vor Swinemünde und in Hamburger Hafen russische Handelsschiffe, deren Befahrung durch die Polizeibehörden an Bord festgehalten werden und noch nicht ein einziges Mal an Land gehen durften. Als diese Tatsachen durch die Presse bekannt wurden, ließ die Regierung erklären, daß sie an die Hafenbehörden die Anweisung gegeben habe, den russischen Schiffen keine besonderen Schwierigkeiten zu bereiten.

Wir sind jetzt in der Lage, ein Schreiben Weißmanns vom 2. September an die Reichsregierung zu veröffentlichen, das folgenden Wortlaut hat:

Ich schlage vor, bei der deutschen Fürsorgestelle in Moskau und bei der Nebenstelle derselben in Petersburg einen geheimen Nachrichtendienst einzurichten.

Sowohl bei der Nebenstelle in Petersburg, wie bei der Hauptstelle in Moskau beeinflusst der deutsche Arbeiter- und Soldatenrat bei der Novemberrevolution besteht und auch jetzt noch lebhaft arbeitet, die Geschäfte in schlechter Richtung.

Schon die bestehende Eisenbahnüberwachung ermöglicht das verbrecherische Treiben zu kontrollieren, aber erst durch die Errichtung eines berartigen geheimen Nachrichtendienstes würde man in die Lage kommen, wirksam einzugreifen. Man hätte dann die Möglichkeit, die in Betracht kommenden deut-

schen Behörden rechtzeitig über eine eventuelle illegale Einreise kommunistischer Führer zu benachrichtigen, so daß dieselben die Möglichkeit hätten mit Erfolg — auf Grund der eingehenden genauen Angabe der Personalien — ihre Maßnahmen schon an der Grenze oder in Deutschland selbst vorzubereiten.

Des Weiteren mache ich darauf aufmerksam, daß auf allerstrengste und genaueste Innhaltung der schon durch das Auswärtige Amt angeordneten besonderen Maßregeln über die legale Einreise von russischen Staatsangehörigen in Deutschland geachtet werden muß.

Ergänzend halte ich die ausgiebigste Ausnutzung der bestehenden Bestimmungen betreffend die Fremdenüberwachung und die Kontrolle der Gasthäuser für unbedingt erforderlich. Eine lückenlose Beobachtung derselben würde erlauben, alle nicht genügend oder falsch legitimierte Personen zu verhaften und dem Strafrichter zu übergeben.

Dieses Dokument zeigt in aller Deutlichkeit, was die deutsche Reichsregierung bezweckt, wenn sie sich bereit erklärt hat, einen Freundschaftsvertrag mit Rußland zu schließen. Alle ihre Erklärungen enthüllen sich so den breitesten Arbeitermassen als eine Methode, der russischen Konterrevolution von Deutschland aus Wege für ihre Machenschaften gegen die Arbeiter- und Bauernregierung Sowjetrußlands zu ebnen. Man erkennt jetzt klar, was es auf sich hat, wenn die deutsche Regierung es auf einmal so eilig hat, einen "wirtschaftlichen" Vertreter nach Moskau zu entsenden. Es soll ja ein "geheimer Nachrichtendienst" eingerichtet werden.

Die Arbeiterschaft weiß jetzt, daß die Sonderbehandlung der Vertreter Sowjetrußlands nicht etwa das Verbrechen einzelner reaktionärer Beamten ist, sondern daß in der Regierung selbst die Urheber dieses Standsats sitzen. Sie weiß, wer die Durchsuchung der Gasthöfe während des Parteitagess der KPD. in Jena angeordnet hat und wer die russischen Seeleute wie Gefangene behandeln läßt. Sie wird auch wissen, wie sie sich gegenüber dieser Regierung — und der Dunkelkammerdiplomatie zu verhalten hat.

## Der Hunger in Rußland und die kapitalistische Welt.

Von Karl Radek.

II.

Sobald Sowjetrußland die Weißen besiegt hatte, stand die Wiederherstellung der Volkswirtschaft auf dem ersten Platz. Der ökonomische Kurs, den wir zu diesem Zwecke im Frühjahr des Jahres 1921 eingeschlagen haben, er war der beste Beweis, daß wir trotz aller Siege den kühlen Kopf behalten haben, daß wir verstanden haben, daß die kriegssozialistischen Maßregeln, die uns den Sieg ermöglicht haben, keine Grundlage der Wirtschaftsaufbautätigkeit in einem kleinbäuerlichen Lande bilden können. Durch die Aufhebung des Requisitions-Systems, durch die Einführung der Naturalsteuer, durch die Einführung des Freihandels mit den Mehrprodukten der Landwirtschaft, durch die Versuche der Heranziehung des Kapitals zu den Industriezweigen, die wir durch eigene Kräfte nicht aufbauen konnten, beschritten wir den einzigen Weg, der das Land aus dem Ruin herausführen konnte.

Das Wirtschaftsprogramm der Sowjetregierung während des Krieges war: alle Kräfte zusammenzuraffen für den siegreichen Schlag gegen die Konterrevolution. Das konnte nur geschehen durch höchste Zentralisation alles dessen in den Händen des Staates, was für den Krieg notwendig war. Ihr Programm des Aufbaus ist: alle selbständigen wirtschaftlichen Kräfte im Lande zur Entfaltung zu bringen, damit, auf sie gestützt, der Staat seine eigene Basis, die Eröndung, stärken kann. Denn nur dadurch wird er fähig sein, die Interessen des Proletariats den Bauern gegenüber und die ganz Rußlands dem Weltkapital gegenüber zu verteidigen. Unser Wirtschaftsprogramm ist kein kommunistisches, aber es ist ein Programm, das den einzig möglichen Weg zum Kommunismus in Rußland darstellt. Daß es zugleich die einzügliche Politik ist, die den Interessen der Volksmassen (der Arbeiter und der Bauern) entspricht, das zeigt die Tatsache, daß diejenigen unserer Gegner, die wenigstens in Worten mit den Volksinteressen rechneten, kein anderes Programm aufstellen können. Natürlich für die depossidierten Großgrundbesitzer und Kapitalisten gibt es ein anderes Programm. Dieses Programm lautet: Gebt uns den Boden und die Fabriken zurück! Aber schon die Sozialrevolutionäre, die mit dem Bauern rechnen müssen, verstehen, daß dieses Programm die Verelendung der Massen und die Verewigung des Bürgerkrieges bedeutet. Und der Programmentwurf Tschernomys enthält in seinen Grundlagen die jetzige Politik der Sowjetregierung mit der kleinen Differenz, daß schwach und charakterlos, wie sie sind, die Sozialrevolutionäre dieses Programm auf dem Papier belassen und Tor und Tür öffnen würden für die Verwirklichung des Kaszeterprogramms der Junker und Fabrikanten.

Die Sowjetregierung fand die notwendigen Maßregeln zum militärischen Siege über die Weißen und sie fand die notwendigen Maßregeln zum wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes. Aber während der Übergangszeit, in der sich die neue Politik der Regierung erst in konkrete Maßregeln ummünzte, in der Zeit, bevor diese Politik imstande war, die Wunden zu heilen, die dem Lande die Politik des Kapitalismus, die Politik Kerenskis und die Politik der ententistischen Intervention geschlagen hat, kam die große Dürre. Sie bedroht 20 Millionen Menschen mit größter Not, wenn nicht mit dem Tode. Denn das wirtschaftlich geschwächte Land ist nicht imstande, ihnen genügend Hilfe zu leisten. Die Sowjetregierung hat diese Tatsache nicht verschleiert. Sie hat sie brutal und klar der ganzen Welt zur Kenntnis gebracht und sie hat erfahren, was die Welt dazu zu sagen hat. Das russische Volk hat es auch erfahren und das russische Volk wird es nicht vergessen.

Der Kampf der kapitalistischen Welt gegen Sowjetrußland war keine Komödie der Irrungen. Es war der Versuch, den Staat zu erdrücken, der, aufgebaut auf den Interessen der Klassen, die bisher in der sogenannten zivilisierten Welt immer unterdrückt waren, eine Bresche bildete in dem Weltstaatsystem des Kapitalismus. Die Tatsache, daß dieser Staat von einer Hungerkatastrophe ereilt wurde, konnte natürlich die Feindschaft zu ihm nicht in christliche Liebe verwandeln. Die Politik der kapitalistischen Regierungen den Hungernden Sowjetrußlands gegenüber ist die Weiterführung der bisherigen Politik, des bisherigen Kampfes gegen Sowjetrußland. Die Unterschiede in der Haltung der Großmächte dem russischen Hunger gegenüber sind nur Resultat der Unterschiede, die in ihren Kampfmethoden nach der Niederlage der militärischen Intervention entstanden sind.

Herr Briand weiß seit der Niederlage des letzten von ihm eingesetzten Herrschers Rußlands, seit der Niederlage Brancaes, nicht gut, was er mit der harten Sache, als die sich Rußland erwiesen hat, anfangen soll. Er hat zwar, wie Schlod, geschrien: Ich befehle auf meinem Hund Fleisch, kein Gramm weniger! Und er forderte die Aner-

## Kahr regiert.

(21.) München, 13. September.

Die „Bayerische Staatszeitung“ schreibt heute abend: „Die Neuwahl des Ministerpräsidenten wird kaum vor vierzehn Tagen oder drei Wochen erfolgen, denn erstens ist der Landtag einzuberufen, zweitens müssen die Verhandlungen mit dem Reich weitergeführt werden, und drittens werden sich die Parteien mit der gegebenen Lage und der Frage der künftigen Koalition zu beschäftigen.“

Es wird immer offensbarer, daß der Rücktritt des Gesamtministeriums in Bayern ein geschickter Schachzug der Deutschnationalen ist. Selbst die bürgerliche Presse meldete aus München, daß die Demission des bayerischen Kabinetts die Möglichkeit haben soll, nicht nur den Ministerpräsidenten von Kahr in seinem Amt, sondern die Mittelpartei in der Regierungskoalition zu erhalten. Bleibt die alte Koalition bestehen, so würde die Kandidatur des Herrn von Kahr als Ministerpräsident wiederum in Frage kommen. Die in der obigen Meldung angekündigte Heranziehung der Wahl des Ministerpräsidenten bedeutet zunächst praktisch die uneingeschränkte Weiterführung der Kahr'schen Politik. Denn es ist ganz klar, daß während des Provisoriums an eine Reinigung der Verwaltung und Justiz und an eine Freilassung der politischen Gefangenen durch das „Geschäftsministerium“ Kahr nicht zu denken ist.

Im Gegenteil. Vor dem Volksgericht in Memmingen findet am 14. September ein auf 3 Tage berechneter Prozeß gegen den praktischen Arzt Dr. Sizils, den kommunistischen Stadtrat Mohring und mehrere andere Personen wegen Landfriedensbruch statt. Diesen Personen, insbesondere dem Dr. Sizils, wird zur Last gelegt, Anstifter der großen Demonstration gewesen zu sein, welche am 16. August gegen den Großhändler Rosenbaum in Memmingen stattfand und wobei es zu Ausschreitungen kam.

Die Maßnahmen der Justiz werden unterstützt durch Demonstrationssammlungen der Deutschnationalen, die für die nächsten Tage in München angekündigt sind und in denen u. a. auch Oberst Eblander sprechen soll. Die Monarchisten in Bayern planen also einen Vorstoß auf breiter Front. Der Boden für die neue Kahr-Epoche wird planmäßig vorbereitet.

Erzbergers Würder sind aus der Schule des Kahr'stens hervorgegangen. Sie sind die lebendigen Zeugen der politischen Atmosphäre, die unter Boehner in München geschaffen wurde. Boehner regiert noch immer in München.

Das Ministerium Kahr führt die Geschäfte weiter. Nichts hat sich geändert.

Soll der gewaltige Aufmarsch der Arbeitermassen wirklich ein Stoß in die Luft gewesen sein? USP. und SPD. beteuern, daß sie nicht eher ruhen und rasten wollen, bis endgültig mit dem Nährsystem aufgeräumt ist. Bei den Beteuerungen ist es bisher geblieben. Wir zweifeln nicht, daß die Arbeiterschaft die Situation erkennen und sich nicht auf das Abwarten verlegen werden. Stehrt das Ministerium Kahr zurück, so ist eine günstige Gelegenheit zum Grobkreinmachen in Bayern von der Arbeiterklasse abermals verpaßt worden. Die Folgen werden sich bei den kommenden Steuer- und Wirtschaftskämpfen in empfindlicher Weise für das Proletariat bemerkbar machen.

## Die Berliner „Rote Fahne“ verboten.

Der Reichsminister des Innern. (11 D 25.)

Berlin NW 40, Am Königsplatz 6, 14. Sept. 1921.

Auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 29. August 1921 verbiete ich hierdurch die in Ihrem Verlag erscheinende periodische Druckchrift „Die Rote Fahne“ für die Zeit vom 15. bis einschließlich 17. September 1921.

„Die Rote Fahne“ hat in ihren Artikeln „Die Kinderwörter von Hymen wollen feiern“ vom 13. September 1921 und „Ein neues Spikelmanöver Weißmanns“ vom 14. September 1921 zu Gewalttaten gegen die Geseke aufgefordert und die Reichsregierung (ein Organ des Reiches) in einer den öffentlichen Interessen gefährdenden Weise verächtlich zu machen gesucht.

In dem erstgenannten Artikel heißt es u. a.: „Wenn den Herren der Lang gefällig ist, so wird der Berliner Dom am 16. Oktober Szenen sehen, wie er sich nie hätte träumen lassen.“ Diese Worte enthalten zweifellos eine Aufforderung zu Gewalttaten.

In dem zweiten angezogenen Artikel ist von der „Heuchelei der deutschen Reichsregierung“ die Rede. Es wird in bezug auf die Reichsregierung weiter gesagt: „Alle ihre Erklärungen enthüllen sich so als ein ebenso freches wie plummes Schwimmanöver.“ Und später: „Die Sozialdemokraten in der Reichsregierung müssen sich entweder von Herrn Weißmann als unwillende Humpelmänner gebrauchen lassen oder aber sind Mitschuldige an der Vertragsbrüchigkeit der deutschen Regierung gegenüber Sowjetrußland.“ Und endlich wird am Schluß die Regierung eine „Regierung der Lüge“ genannt. Durch diese Unterstellungen werden Organe des Reiches in einer den inneren Frieden gefährdenden Weise verächtlich gemacht.

gez. Stadnauer

Leitung der Schulen der weissen, gelben und roten...  
...aber er sagte gleichzeitig über den Kanal, wo die beiden Verbündeten trotz ihrer Treue dem französischen Alliierten gegenüber das Handelsabkommen mit Russland abschließen. Als die englischen Berichte mit der hohen Unparteilichkeit, die sie dem Golde gegenüber auszeichnen, das in die englischen Taschen fließen soll, das Gold der Sowjetregierung als gutes, nicht stinkendes Gold erklärte — da sagte sich sogar der grimmige Poincaré: „Unser Gold fliebt in die Taschen des geistlichen englischen Bettlers, der auch sonst nicht ärmer ist denn wir; sollen wir kümmerlich sein als diese Föllner?“ Da begann Briand zu schwanken. In dieser Situation bekam er die Nachrichten über die Hungersnot in Russland. Er zerbrach in seinem Auge die mühselig ersehene Träne und sagte sich: da naht das Ende. Er forderte von Deutschland den Durchlass von Erzeugnissen nach Oberschlesien und damit niemand annehmend, es handelte sich nur um die „Erwerbung“ der ober-schlesischen Kohle durch Polen, erklärte die „Times“, die treueste Verkünderin der Gedanken Briands (Nummer vom 22. Juli), man solle ihn dabei nicht stören, denn es handelte sich nicht nur um den kleinen ober-schlesischen Raub, sondern auch um Vorbereitung größerer Heldentaten gegen Sowjetrußland. Herr Briand sandte gleichzeitig Gold und Munition nach Rumänien, um den letzten Hohenzollern in die Lage zu versetzen, für die Ausbreitung der Ideen der französischen Republik in der Ukraine zu bürgen. Wenn dabei die Ernte zerstört würde, so tröstet sich Herr Briand damit, daß mit der Sowjetregierung auch der Hunger ein Ende nehmen wird. Nachdem nun der russische Boden von neuem von französischen Schrapnell durchgeadert wird, wird er in Ueberfülle Früchte tragen.

Da griff Herr Kerenski ein, den Herr Briand für einen großen Staatsmann hält, nachdem er vergessen hat, wie gut Herr Kerenski in acht Monaten den Sieg der Bolschewiki vorbereitet hat. Herr Kerenski warnte Herrn Briand vor zu offenerzigem Auftreten. Stöße vor den Wagen gewinnen das Herz der Hungernden nicht, und Herr Kerenski ist der Überzeugung, daß die Vajonette der Konterrevolution sich auf das Mitgefühl des Volkes stützen sollen. Herr Briand erklärte darauf sein großes Mitgefühl mit dem leidenden Sowjetrußland, und ohne die Interventionen in Polen, Rumänien und Finnland auch für einen Augenblick zu unterbrechen, verkündete er in tragischem Stil die Hilfe für das leidende Rußland. Aber Herr Briand fiel aus seiner Rolle. Als französische Vertreter, die dem russischen Volke helfen sollen, ernannte er den brutalen, stupiden Organisator konter-revolutionärer Anschläge in Rußland, Kowless, den monarchistischen General Bau und den braven Fabrikanten Girard, der in Moskau so gut bekannt ist als rück-sichtsloser Ausbeuter der Frauen, der sie über niedrige Löhne durch kirchliche Zeremonien in seiner Fabrik tröstete. Der diplomatische Stümmer, der konterrevolutionäre Genetal und der Keritale Schweichtreiber als Helfer in der Not, was könnte besser dem russischen Volke die Wahrheit über die Absichten der französischen Regierung sagen! Diese Wahrheit ist: der französische Imperialismus, der Haupttreiber der Intervention, der Vater des russischen Hungers, bereitet sich darauf vor: den Hunger zu einer neuen Intervention auszunutzen. Die Antwort der russischen Sowjet-republik ist: Wir werden auf der Hut sein!

# Politische Uebersicht.

## Die Reichsregierung hofft.

Am Dienstag vormittag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Führern der Regierungsparteien statt. Wie die bürgerliche Presse meldet, befaßte sich diese Sitzung vornehmlich mit der bayerischen Frage, insbesondere mit den Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben, daß in München kein Verhandlungswilliges Kabinett vorhanden ist. Man hofft aber in Regierungskreisen, daß es bald gelingen wird, das augenblicklich in München amtierende Geschäftsministerium durch ein Kabinett zu ersetzen, das die Verhandlungen mit der Reichsregierung abschließen wird. Indes die Reichsregierung hofft, arbeiten in Bayern die Monarchisten, um die Hoffnungen der Reichsregierung endgültig zu zerbrechen.

## Die SPD.-Presse zum Rücktritt Kohrs.

Die sozialdemokratische „Münchener Post“ schreibt unter der Ueberschrift „Das Ende der Kohr-Regierung!“ am 12. September:  
„Wir hatten es für notwendig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß das Ziel des Kampfes die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes und Sicherung der demokratischen Republik ist. Dieses Kampfbziel ist mit dem Sturz der Kohr-Regierung allein noch nicht erreicht. Solange die Gleichberechtigung vor dem Gesetz in Bayern nicht sichergestellt ist, solange die Rechtsprechung ungehindert ihr gefährliches Spiel treiben, ist unbedingt an der ausgegebenen Lösung festzuhalten.“  
Die freibüchlich gekannten Bürger, Demokraten und Republikaner mögen die Augen offen halten. Habt acht! Ihr Arbeiter aber seid unerschrocken und haltet euch bereit, selbst einen Organisationskampf unter Beobachtungen auf dem rühmlichen Wege! Laßt euch nicht irreführen und mißbrauchen!“

## Kohrbach.

Das wäre traurig, wenn der Kohrbachmann Nicht bei allem wäre vorne an.  
(Kohrbachertlich.)  
Der Oester Politiker ist es gelungen, einen Einbruch durchzuführen, bei dem aus der Kasse des „in Auflösung begriffenen“ Selbstschutzes 1.500.000 Mk. gestohlen wurden.  
Denn in der Kasse dieser einzigen „in Auflösung befindlichen“ Orgeschubteilung lagen 1 1/2 Millionen Mark vor, welche Geld muß dann dem gewissten ober-schlesischen Selbstschutz zur Verfügung gebracht haben!  
Woher hatten diese das Geld? Durch das ober-schlesische Hilfswort, das auch manchem Arbeiter noch Großchen aus der Tasche gezogen hat. Nicht nur von den Einwohnern, nicht nur von der Regierung haben sie diese Reichsummen erhalten. Diese Gelder, die borgen, das Vaterland gegen polnischen Einbruch zu verteidigen, haben sich diese Summen selbst zusammen-geschoben. Sie haben gestaubert, geklopft, gemordet.  
Eine der letzten Klümpchen ist die Arbeits-gemeinschaft Kohrbach.  
In Kralau verdrängen drei Mann aus Sibirien einen Einbruch, haben 15.000 Mk. und schießen eine Kuh, die beim Kalben war, nieder.

In Alt-Kornau erbeuteten Kohrbachleute bei einem Einbruch 12.000 Mk.  
Kohrbachmannen aus Zattigowitz plünderten sich durch zwei Raubzüge 168.500 Mk. zusammen.  
Selbstschutze aus Wachowitz brachen bei dem Gemeindevorsteher ein. Den Mann schlugen sie tot, seine Frau mußte schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden.  
In Kronau verübten vier Leute der Kohrbach-Abteilung ein Verbrechen, das heute noch danieder liegt. Als sie verhaftet wurden, brachen sie aus und zündeten die Scheune des Pferdebesizers an.  
Aus solchem Gesindel setzt sich der größte Teil der Orgeschuppen zusammen.  
Und das sind dieselben, die von der gesamten Reaktion als der Vorstoß zu „Deutschlands Erneuerung“ gefeiert werden. Demen von der Wirt-Regierung für ihre Mordtaten und Plünderungen in Oberschlesien der Dank für treue Pflichterfüllung ausgesprochen wird.  
Das sind auch dieselben, die trotz der „Entwaffnung“ der Orgesch von Waffnen starrten. Sie sind die eigentlichen Machthaber der deutschen Republik, die täglich bei „Wohltätigkeitsfesten“, „Preisfeste“ oder in Liebern offen zum Arbeitermord und zur Wiederaufrichtung der Monarchie ungestrast aufstodern dürfen.  
In einem dieser „Schlachtrufe: „Ein neues Kohrbach“, heißt es:  
Und wenn einst die Schlachttrompeten blasen,  
Treten alle Kohrbachleute an!  
Mag es trommeln oder mag es gassen:  
So wie 14 stehen wir unsern Mann!  
... Das war traurig, war kein Knüttel da  
Für den Franzmann seinen — Suppfassal !:  
Oder ein anderer Refrain:  
... Das war traurig, kam ein Sozi ran  
In den Kohrbach seinen Arbeitermann. !:  
Die Arbeiterschaft hat erkannt, daß sie nur durch den geschlossenen Aufmarsch der gesamten werktätigen Bevölkerung sich schützen kann vor der völligen Verflämung durch die monarchische Konterrevolution und daß nur sie allein die Macht dazu hat, die Entwaffnung und Auflösung der Orgesch wirklich durchzuführen.  
Überall im Reiche, wo die Orgeschleute sich an die Öffentlichkeit wagen, wird die Arbeiterklasse geschlossen aufmarschieren und die Orgeschweirer verhindern. Sie wird nicht eher ruhen, bis der letzte Orgeschmann entwaffnet ist.

## Gummiknüppel und Revolver auf der Werkf.

Hamburg, 13. September 1921.  
Auf der Werkf Blohm u. B. wurde die Feuerwehr in eine Werkpolizei umgewandelt. Die Leitung hat ein ehemaliger Kapp-Putschhauptmann namens Niepp, der bei der Werkpolizei Gummiknüppel und Revolver eingeführt hat, außerdem eine ganz militärische Disziplin durchführt.

## Berhaftung von gegen schwarz-weiß-rot Demonstrierender.

Die II. aus Hamburg meldet, kam es bei einem Platzkonzert der Hamburger Sipo zu Demonstrationen „verdächtiger Gestalten“ gegen herumlungernde Nichtstuer, die sich mit den Farben des Kaiserreichs schmückten hatten. Die Polizei „warf sich mit unerkenntlichem Schmeiß“ zwischen das Gewoge und nahm für die Schwarz-weiß-rot Partei. Nachdem die Polizei Verhaftung geholt hatte, wurden einige der „Kadaubrüder“ verhaftet.  
(Die in Anführungszeichen gesetzten Worte sind wörtlich dem II.-Telegramm entnommen. Wenn die „schneidige“ Sipo des Sozialdemokraten Karl Henze sich auf die Seite der Schwarz-weiß-rot stellt, sind gegen-demonstrierende Arbeiter selbstverständlich „verdächtige Gestalten“ (sie haben trügliche Arbeiter-taube) und „Kadaubrüder“.)

## Die ober-schlesischen Proletarier wollen in einiger Front kämpfen.

Die sozialistischen Parteien Oberschlesiens und die freien Gewerkschaften erklären im Namen hunderttausender Arbeiter: Auch im besetzten Oberschlesien hat die Reaktion frech ihr Haupt erhoben. Unter dem Deckmantel des Nationalismus und Patriotismus versuchen die Militaristen und Kapitalisten die geringen Grundgesetze der Revolution zu untergraben und das Volk wieder in kriegerische Abenteuer zu führen. Die Korruption des Geldjades und eine arbeitereindliche Justiz sind ihre Helfer.  
Die besonderen Verhältnisse Oberschlesiens hindern uns, den Feinden der Arbeiter den einseitigen Willen des ober-schlesischen Proletariats durch eine machtvolle Demonstration zu zeigen. Darum erklären wir hiermit feierlich unsere Solidarität mit den Arbeitbrüdern im Reiche. Wir verlangen:

1. Schärfste Unterdrückung des politischen Wortes, Unschärfung der Rörder und ihrer Helferstehler.
2. Freilassung der wegen politischer Vergehen Einzelkaterterten.
3. Reinigung der militärischen und Polizeiformationen von reaktionären Elementen. Schärfste Unterdrückung aller irregulären Formationen.
4. Entfernung der reaktionären Beamten aus den Verwaltungsgeschäften.
5. Gründliche Säuberung auch der ober-schlesischen Justiz von Monarchisten und arbeitereindlichen Richtern, Richterwahl durch das Volk.  
Für diese Forderungen werden wir uns gegen alle Feinde der Arbeiterklasse, wenn es erforderlich ist, mit den Brüdern im Reiche wie ein Mann erheben. Die Arbeiter sind unüberwindlich, wenn sie einig sind.  
Nieder mit allen Feinden der Arbeiterklasse!  
Nieder mit den Kriegshetzern!  
Nieder mit der Gegenwehr!  
Es lebe die Einheit des werkschlesischen Volkes!

Gleiwitz, den 7. September 1921.  
Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Oberschlesien.  
Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Oberschlesien.  
Kommunistische Partei Oberschlesiens, Bezirksrat der freien Gewerkschaften. Politischer Zentralverband.

## Die Delegierten einer Jüdischen Partei gegen den Mißbrauch der Jüdischen zu politischer Erpressung.

Es ist nicht zu übersehen, daß die Jüdischen Partei in Deutschland, die sozialdemokratische Partei und die KPD, es abgesehen, die Jüdischen für den Kampf einzusetzen zu wollen und unter die Kontrolle aller beteiligten Arbeiterparteien zu stellen. Sichergestellt ist, daß der gesamte Reichstag dieser Partei gehört, daß die Orgeschweirer der deutschen Arbeiter nicht ohne weiteres zur Hilfe für die Jüdischen kommen, sondern nur dem Jüdischen kapitalistischen Regierungen zu politischen Erpressungen gegenüber der Sowjetregierung verwendet werden sollen. Darum will man dem Jüdischen die Kommunisten, die sozialistischen und die christlichen Arbeiter für die Sache, von der Kontrolle ausschließen. Zugleich bedrohen diese Arbeiterparteien eine ganz empfindliche Schwächung des Sammelworts, infolge des ganz herbeigewonnenen Zwiespals innerhalb der Arbeiterklasse.

Unter diesen Umständen saßen in einer Betriebsversammlung der Jüdischen in München a. N. die Arbeiter aller Abteilungen nach Aussprache folgende einstimmige Entschlüsse:

„Ingeachtet der Tatsache, daß der KPD, sich weigert, einen Kontrollkommission aus Vertretern aller Arbeiterparteien über die gesammelten Gelder und Waren anzuerkennen, zweitens eine bindende Erklärung darüber abzugeben, daß seine Sammlungen bedingungslos dem Komitee „Arbeiterhilfe für Sowjetrußland“ zur Verfügung gestellt werden, beschließt die Arbeiterschaft der Jüdischen Fabrik Stuttgart-Münster, ihre Sammlung im Betrage von 2006 Mark nicht dem KPD, sondern dem Komitee „Arbeiterhilfe“ zu überweisen, wo bei uns die Gewähr dafür geboten ist, daß unsere Opfer ohne jede politische Nebenabsicht rein im Interesse der hungernden Rußlands verwendet werden.“

Dieses nachahmenswerte Beispiel zeigt deutlich, daß die Arbeiter in den Betrieben begriffen haben, daß es der proletarischen Solidarität widerspricht, in Verbindung mit der Illusion von Sowjetrußland politische Zugeständnisse zu erpressen. Wenn die Mitglieder des KPD, und die Arbeiter, die ja die Opfer ausführen, in diesem Sinne handeln, müssen die Unter-dammer Führer ihr Doppelspiel aufgeben und das von den Proletariats-Gesamtheit direkt und bedingungslos an Sowjetrußland abführen. Nur so rettet die Arbeiterschaft ihre bedrängten russischen Brüder.

## Die Landtagswahlen in Thüringen.

Bisher liegen die amtlichen Ergebnisse aus vier Wahlkreisen vor.  
Weimar-Eisenach: SPD. 15.858; USP. 20.205; SPD. 41.787; Demokrat. 12.399; Zentrum. 4278; DVP. 30.953; DNVP. 11.999; Bauernbund. 31.450.  
Schwarzburg-Rudolstadt: SPD. 5556; USP. 2403; SPD. 14.826; Demokrat. 1206; Zentrum. —; DVP. 6003; DNVP. 8937; Bauernbund. 7200.  
Gera-Neuß: SPD. 6719; USP. 47.117; SPD. 7377; Demokrat. 8215; Zentrum. 335; DVP. 24.543; DNVP. 9238; Bauernbund. 17.376.  
Gotha: SPD. 18.400; USP. 6100; SPD. 3300; Demokrat. 2300; Zentrum. 600; DVP. 13.100; DNVP. 5200; Bauernbund. 15.700.

Insgesamt in diesen vier Wahlkreisen haben erhalten:  
Kommunisten 46.533; Unabhängige 75.825; Sozialdemokraten 67.287; Demokraten 22.120; Zentrum 5213; Deutsche Volkspartei 74.599; Deutschnationale Volkspartei 30.374; Bauernbund 68.691.

Es sehen noch aus: Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Saargau. Ueber die wahrheitsgemäße Zusammensetzung des thüringischen Landtages selbst II.: Das Ergebnis der thüringischen Landtagswahlen ließ sich nur schätzungsweise angeben: Danach erhalten die Deutschnationalen 3 (bisher 4), die Deutsche Volkspartei 9 (bisher 8), der Landbund 12 (bisher 11), die Demokraten 3 (bisher 4), die Mehrheitssozialisten 11 (bisher 11), die SPD. 7 (bisher 4), die USP. 7 (bisher 11) Sitze. Zentrum und Wirtschaftspartei, die in Altenburg Sonderkandidaten aufgestellt hatten, vereinigten nur 10.000 Stimmen auf sich, die für die bürgerlichen Parteien ausfallen, da zur Erringung eines Mandats 12.000 Stimmen erforderlich sind.

Die Wahlbeteiligung war diesmal wesentlich schwächer als bei den vorjährigen Landtagswahlen. Sie betrug im Durchschnitt 70,3 Proz. Soweit aus den bisher vorliegenden Wahrscheinlichkeiten eine Beurteilung möglich ist, haben die Sozialdemokraten nicht nur ihre Position behauptet, sondern sogar geringere Stimmengewinne erhalten. Dieses Ergebnis erklärt sich vor allen Dingen daraus, daß die SPD. in einem für sie außerordentlich günstigen Zeitpunkt in den Wahlkampf eingetreten ist. Die Wahlen fanden statt unter dem Eindruck der proletarischen Einheitsfront gegen die Reaktion und des zur Schau getragenen geheuchelten Willens der SPD., den Kampf gegen rechts in der Lat aufzunehmen. Die Tatsache des erneuten Verrats der Sozialdemokraten im Kampf gegen die Monarchisten war am Wahltag den Massen noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Das Wahlergebnis ist aber auch ein Zeichen dafür, wie sehr noch die reformistische Ideologie in den Arbeiter- und bürgerlichen Schichten verankert ist, und ein Beweis, daß große Teile des Proletariats die eiserne Notwendigkeit des proletarischen Klassenkampfes noch nicht erkannt haben.

Die USP. hat in einzelnen Wahlbezirken, so vor allem in Gera-Neuß und im Eisenacher Bezirk ihre Position behauptet, aber trotz des Einflusses all ihrer großen Kanonen zur Wahlpropaganda hat sie in den meisten Bezirken einen starken Stimmrückgang zu verzeichnen.

Die Kommunisten haben von Beginn des Wahlkampfes an betont, daß sie sich nicht an den Wahlen beteiligen, um möglichst viel Mandate zu erringen, sondern daß sie den Wahlkampf benutzen werden, um mit ihren Ideen an die breiten Massen heranzukommen. Diesem Ziele entsprechend müssen wir den Ausfall der Wahlen bewerten. Da kann gesagt werden, daß die Arbeit unserer Genossen nicht vergeblich gewesen ist. Die Ergebnisse, die vor allen Dingen auf dem Lande erreicht worden sind, sind ein Beweis dafür, daß der Prozeß der Klassenscheidung, der scharfen Trennung der Lager, rüstig vorwärts schreitet, daß die Erkenntnis der Notwendigkeit der Aktion der Masse sich immer mehr durchsetzt und der Wille zum Kampf wächst.

Die Thüringer Landtagswahlen waren die ersten Wahlen nach dem Märzkompe. Die kommunistische Partei Thüringens hat durch den Ausgang dieser Wahl bewiesen, daß sie nicht tot ist, sondern daß sie lebt und rüstig vorwärts schreitet. Das Massenbekenntnis der Thüringer Arbeiterklasse zur Partei ist der beste Beweis, daß das revolutionäre Proletariat nach wie vor der beispiellosen Hitze, die auch in diesem Wahlkampf von der SPD. und USP. gegen die kommunistische Partei, der Partei der revolutionären Lat, einsetzt, nicht folgt. Dieses Bekenntnis ist von großer Bedeutung nicht für die kommunistische Partei Deutschlands, sondern für die gesamte Internationale das Massenbekenntnis zur revolutionären Lat. Darin liegt wohl die größte Bedeutung dieses Wahlergebnisses, soweit es für uns als Kommunisten in Frage kommt.

Die bürgerlichen Parteien, die unter Aufbietung ihres ganzen Machtapparates unter der Parole „Gegen die rote Flut“ ihren Wahlkampf geführt haben, haben erkennen müssen, daß die Zeit vorbei ist, da die proletarischen Schichten sich durch nationale Phrasen für ihre Parteziele einfangen lassen. Sie werden, obwohl sie im Wahlkampf getrennt marschiert sind, versinken, bereit das Proletariat zu schlagen. Sie werden aber auf Granit stehen, wenn sie glauben, jetzt in Thüringen so weit zu sein, ein zweites Kaiserreich zu schaffen. Die revolutionäre Arbeiterschaft Thüringens wird im entscheidenden Augenblick wissen, was sie der Konterrevolution gegenüber zu tun hat.

# Der Ausschub des M.B. gegen die Ausschüsse der Kommunisten.

Die Generalversammlung der Metallarbeiter, die am Montag in Jena zusammentrat, wird auch darüber zu entscheiden haben, ob sie es billigt, daß eine große Zahl langjähriger Kollegen aus dem Verband ausgeschlossen werden, weil sie an der Reichskonferenz der kommunistischen Metallarbeiter teilgenommen haben. Robert Dismann hat bei einer großen Anzahl von Kollegen, selbst in solchen Fällen, wo der örtliche Untersuchungsausschuss nur auf Erteilung einer Klage erkannt hatte, den Ausschluß aus der Organisation versucht. Die Ausgeschlossenen haben sich regelmäßig an die nächsthöchste statutarische Instanz, an den Verbandsausschuss in Frankfurt am Main, gewandt.

Der Ausschub hat nun in allen Fällen, wo der Ausschluß wegen Teilnahme an der Reichskonferenz erfolgt ist, den Bescheidungen der Ausschüsse geschlossen stattgegeben.

In dem Rechenschaftsbericht an die Generalversammlung führt der Ausschub zur Begründung folgendes an:

„In wiederholten Sitzungen haben wir nun das gesamte aus dem Vorstand zugegangene Material bearbeitet. Dabei konnte auf Grund der Akten und Mitteilungen des Vorstandes die Teilnahme an dieser Zusammenkunft nicht als verbandsschädigend

betrachtet werden.

Wir kommen somit auf den Verhandlungsstoff und die Beratungsgegenstände. Die Tagesordnung der Reichskonferenz der M.B. sah vor: 1. Aufgaben der Gewerkschaften in der sozialen Revolution; 2. Aussprache über Mittel zur Wahrung der Einheit des Deutschen Metallarbeiterverbandes; 3. Stellungnahme zur Beschickung des roten Internationalen Gewerkschaftskongresses in Moskau. Nach dem von den Referenten herausgegebenen Protokoll wurden auf der Reichskonferenz der M.B. nach Diskussion die auf Seite 43 u. f. wiedergegebenen Rundgebungen angenommen. Auch daraus konnte der Ausschub im Verlauf einer eingehenden Aussprache eine Schädigung des Verbandes nicht erkennen. Es blieb also der Beschluß des erweiterten Beirats vom 14./15. Januar 1921, ferner die Bekanntmachung des Vorstandes in Nr. 7 der „M.B.“ und die Warnungsschreiben der Bezirksleitungen resp. Verwaltungen vor dem Besuch der Reichskonferenz.“

Es folgt ein Absatz, der sich mit der Zusammenlegung des erweiterten Beirats und der diesem zustehenden Kompetenzen beschäftigt. Der Ausschub kommt zu dem folgerichtigen Schluß, daß der erweiterte Beirat Beschlüsse, die einer Generalversammlung obliegen, nicht fassen kann. Dann heißt es weiter:

„Bergeht sich ein Kollege gegen Bestimmungen des Statuts, dann muß man gegen ihn auf Grund einer verbandsschädigenden Handlung, die er beging, vorgehen, aber wegen einer Meinungsäußerung oder der Anhörung der Meinungsäußerung eines anderen kann man niemand nach den geltenden Bestimmungen des Statuts ausschließen, wenn man nicht nachweisen kann, daß diese organisationschädigend gewirkt hat. Man kann der Ansicht sein, daß das positive Streben dieser und jener Richtung die Organisation schädigt, und soweit konkrete Beweise der Schädigung vorliegen, wird auch der Ausschub oft geneigt sein, aber im Streit der Meinungen über Ziel und Richtung der Bewegung darf ein solches Mittel zur Beruhigung nicht angewendet werden. Hier kann nur der sachliche Meinungskampf auf Grund der Gehebe der Organisation in Frage kommen, nicht aber können im Verfolg einer Resolution des erweiterten Beirats Ausschüsse getätigt werden.“

Nun zieht der Vorstand den Unterabsatz des Abs. 1 vom § 22 heran. Es heißt dort, wenn sich das Mitglied beharrlich weigert, den Anordnungen des Vorstandes oder der örtlichen Verwaltung, soweit diese durch das Statut begründet sind, Folge zu leisten. Der Ausschub ist der Auffassung, daß unter dem Begriff „beharrlich“ die mehrmalige Weigerung in verschiedenen Fällen zu verstehen ist. Somit kommt der § 22 Abs. 1 in Betracht. Dann heißt es aber auch, „soweit diese durch das Statut begründet sind.“ Also nicht jeder Anordnung braucht das Mitglied Folge leisten. Es kann aber eine unterlegene Richtung der Auffassung sein, bestimmte Anordnungen richten sich nur gegen sie, zumal wenn im Statut dazu nichts vorgelesen ist.

Hier kommt es vor allen Dingen darauf an, ist durch die Weigerung eine Schädigung der Organisation beabsichtigt und auch erfolgt?

„Wenn bestritten wird, daß mit der Teilnahme an der von der M.B. veranstalteten Reichskonferenz der Metall-

arbeiter Deutschlands ein Zwüberhandeln gegen § 22 Abs. 1 bewiesen ist, so kann dies nicht als richtig bezeichnet werden. Es ist dem Ausschub bekannt, wie schon in der Gegenäußerung derselben Fälle unsererseits des öfteren hervorgehoben, daß der Beschluß des erweiterten Beirats, bzw. dessen angenommene Resolution vom Januar d. J. verpflichtet, gegen die Mitglieder, welche eine die Interessen des Verbandes und seine Mitglieder schädigende Tätigkeit ausüben, mit allen statutarischen Mitteln vorzugehen. In dem Beschluß wird das Treiben der Moskauer Gewerkschaftsinternationale aufs schärfste verurteilt.“

Eine konkrete Schädigung, die sich aus der Weigerung der Besucher der Reichskonferenz, der Warnung zu folgen, ergibt, ist aus den zahlreichen, umfangreichen Akten nicht zu ersehen. Der Ausschub konnte daher auch hierbei der Entscheidung des Vorstandes nicht beitreten.“

Die Generalversammlung als die letzte und höchste Instanz hat nun darüber zu entscheiden, ob sie der, wir möchten sagen, selbstverständlichen Auffassung des Ausschusses beitreten und damit die ausgeschlossenen Kollegen wieder in die Organisation aufnehmen will. Da aller Voraussicht nach die Jenaer Generalversammlung nicht nach dem Diktat von Robert Dismann verlaufen wird und da ferner, wie bekannt, ein Teil der mehrheitssozialistischen Beiratsmitglieder des Kollegen Haas-Cöln sich seinerzeit schon gegen die Ausschüsse der Kommunisten gewandt hatten, darf man mit einiger Spannung die Entscheidung der Generalversammlung erwarten.

## Gewerkschaftliches.

### Gewerkschaftliche Auslandshilfe.

Wismar. Das Ortskartell mit den Vorständen aller drei Arbeiterparteien und des M.B. beschloß einstimmig: „Jeder Gewerkschafter hat eine einmalige Summe von 20 Mark, entweder in Noten von mindestens 3 Mark oder die ganze Summe an seine zugehörige Gewerkschaft abzuführen.“

### Eisenbahnarbeiter leisten Überstunden für die Hungernden.

Die Arbeiter des Eisenbahnbaues Burzen-Eisenburg haben nach einem Referat über Auslandshilfe in einer Betriebsversammlung beschlossen, kommenden Sonntag, den 10. September eine Ueberkumde für Sowjetrußland zu leisten. Die Belegschaft ist 200 Mann stark. Der abzuführende Stundenlohn der Arbeiter beträgt ca. 1600 M.

Der Betriebsrat mußte mit der Firma Verhandlungen an und erreichte, daß dieselbe ebenfalls die Summe von 1400 M. beisteuerte, so daß ein Gesamtbeitrag von 3000 M. an das Internationale Hilfskomitee Berlin abgeführt werden kann.

### Die Arbeiter in den Betrieben handeln einheitslich.

In einer Betriebsversammlung der Firma Ladage & Delfe in Hamburg wurde auf Antrag der S.P.D.-Arbeiter einstimmig beschlossen, pro Mann 50 M. für Sowjetrußland abzuführen.

### Die Bergarbeiter können sich nicht zufriedengeben!

In einer stark besuchten Bergarbeiterversammlung am 12. September, in der sich die Bergarbeiterbewegung historischer Hobergsburg, Dorrimund (2000 Personen), nahmen die anwesenden Bergarbeiter (Mitglieder aller Verbände, Union und Syndikalisten) folgende Resolution einstimmig an:

„Die Versammlung erklärt die vorgesehene Lohnerhöhung von 10 M. für vollständig ungenügend. Die Versammlung stellt sich hinter die von den Verbänden aufgestellte Forderung von 12 M. pro Mann und Schicht und fordert, daß diese Lohnzulage ohne Kohlenpreiserhöhung durchgeführt wird, wenn nötig, durch Kampf. Die Versammlung fordert von dem M.B., christlichen Gewerbeverein, S.D.-Verbänden, der F.M. Gesellenzunft, Syndikalisten und den politischen Parteien, daß sie sich restlos für diese Forderung einsetzen, und erwartet Antwort bis zum 17. September.“

Streik der Stuttgarter Straßenbahner. Am Morgen des 14. September sind die Stuttgarter Straßenbahner in den Streik getreten. In einer Urabstimmung war das minimale Angebot des Schlichtungsausschusses mit 1683 gegen 102 Stimmen abgelehnt worden.

Warnung vor Zuzug. Die Arbeiter der Firma Gebrüder Wellershaus, Remscheid, Prevermühle, stehen seit nunmehr 14 Tagen im Kampf mit der Firma. Die Firma sucht nun in allen bürgerlichen Zeitungen Feilensarbeiter. Die Arbeiter sind ausgesperrt. Zuzug ist fernzuhalten.

## Ausland.

### Wigdor Kopp Generalbevollmächtigter des russischen Roten Kreuzes.

Von der hiesigen Sowjetvertretung wird der „Dena“ mitgeteilt: Wigdor Kopp ist als Generalbevollmächtigter des russischen Roten Kreuzes in Berlin eingetroffen. In Anbetracht der Tatsache, daß die Organisation der Bekämpfung des Hungers, die einen dominierenden Faktor im politischen Leben Russlands darstellt, von außerordentlicher Wichtigkeit ist, wurde den Wigdor Kopp übertragenen Funktionen eine derartige Bedeutung zugemessen, daß er zur Vollziehung derselben von seiner bisherigen Amtstätigkeit als Vertreter der R.S.F.S.R. in Deutschland befreit worden ist.

### 2 Millionen Pfund für die Rußlandhilfe.

Genf, 14. September.

Der Präsident der gemischten Roten Kreuz-Kommission, Abor, richtete ein Telegramm an den Präsidenten des Obersten Rates, Briand, in dem er ihn von dem Abkommen zwischen Rußland und der russischen Regierung verkündigt und die Regierung um einen Kredit von 2 Millionen Pfund für Rußland bittet. Abor spricht die Überzeugung der Kommission aus, daß

die Bedürfnisse des russischen Volkes nicht dazu ausgedeutet werden, um von der Sowjetregierung die Anerkennung der früheren russischen Schulden zu erlangen.

### Das spanische Proletariat gegen den marokkanischen Krieg.

Durch eine strenge Zensur sucht die spanische Regierung es zu verhindern, daß die Wahrheit über die revolutionäre Arbeiteraktion ins Ausland dringt. „Humanität“ vernag nun aber doch einen Originalbericht aus Spanien zu veröffentlichen; demzufolge war noch am 3. September der Generalstreik in dem Industriegebiet von Bilbao in vollem Gange. Die Regierung ließ das Streikkomitee verhaften, worauf sofort ein neues gewählt wurde. Auch unter den Arbeitern Madrids gärt es. Die amtlichen Kreise geben zu, daß die Lage sehr ernst ist. Die spanischen Arbeiter vereinen sich unter der Parole: Nieder der Krieg! Es lebe die Revolution!

### Der Generalstreik in Nordfrankreich.

Paris, den 14. September 1921.

Der Abwehrkampf des französischen Proletariats gegen die Unternehmerrückgriffe ist im nordfranzösischen Industriegebiet in eine wichtige Etappe getreten. Seit drei Wochen stehen 60 000 Textilarbeiter im Streik. Die Unternehmer wollen sich auf keinerlei Zugeständnisse einlassen. Darum hat in Roubaix eine Konferenz sämtlicher Gewerkschaften des nordfranzösischen Industriegebietes stattgefunden, die sich für einen Sympathie-Generalstreik aller Arbeiter aussprachen. Der Generalstreik beginnt am 12. September. In einem Aufruf wendet sich die zentrale Streikleitung an das gesamte Proletariat Frankreichs, insbesondere an die Eisenbahner und ruft sie zur Solidarität auf.

Gleichzeitig ist in den Vogesen ein neuer Ausstand proklamiert worden, an dem nach der Schätzung der „Humanität“ 19 000 Arbeiter teilnehmen. Auch dieser Streik richtet sich gegen die Lohnoffensive der Unternehmer.

### Die englische Polizei feuert auf die Arbeitslosen.

London, 14. September.

Nach einer Meldung aus Liverpool versuchten Arbeitslose gewaltsam in eine Gemäldegalerie einzudringen. Die Polizei feuerte. Dabei wurden verschiedene Personen verwundet. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Tschechische Rechtssozialisten fordern Polizei gegen Arbeiter-Manifestanten. In Prag fand am 11. September die Manifestation der kommunistischen Landarbeiter statt, an der 12 000 Personen teilnahmen. Dabei leistete sich der sozialdemokratische Abgeordnete Rechyne eine Provokation und zwar forderte er die Polizei auf, die Manifestanten auseinanderzutreiben, damit der Verkehr nicht gestört werde. Die Manifestanten veranfaßten kurz danach eine Gegendemonstration.

## Die vier Tage des Jean Gourdon.

Von Emile Zola.

Langsam stieg ich hinauf und bei jeder Stufe, die ich erstieg, empfand ich tiefe Freude. Mein Onkel Lazare klopfte schon an die Tür, als ich noch auf der Mitte der Treppe war; ich empfand ein eigenes Vergnügen daran, den Augenblick, da ich meine Frau wieder umarmen konnte, solange wie möglich hinauszuschieben.

Auf der Schwelle blieb ich stehen, mein Herz schlug in großen Schlägen.

Mein Onkel hatte sich über die Wiege gebeugt. Babet war ganz weiß, hatte die Augen geschlossen und schien zu schlafen. Ich vergaß das Kind, ging gerade auf Babet zu und nahm ihren lieben Kopf zwischen meine Hände. Die Tränen auf ihren Wangen waren noch nicht trocken, ihre zitternden Lippen waren noch feucht davon, aber sie lächelte schon wieder. Müde hob sie die Lider. Sie sprach nicht, aber ich hörte wie sie sagte: „Ich habe sehr gelitten, mein armer Jean, aber ich war so glücklich über den Schmerz! Ich fühle dich in mir.“

Da beugte ich mich nieder, küßte Babet's Augen und trant ihre Tränen. Sie lächelte sanft und überließ sich einer zärtlichen Müdigkeit. Die Müdigkeit machte ihr noch Schmerzen. Langsam hob sie die Hände von der Decke, sagte mich um den Hals, näherte ihren Mund meinem Ohr und flüsterte schwach, aber mit triumphierender Stimme:

„Ein Junge!“

Das waren die ersten Worte, die sie nach der furchtbaren Kriftis aussprach.

„Ich wußte wohl, daß es ein Junge würde.“ fuhr sie fort. „Ich habe das Kind jede Nacht gesehen... Gib es mir, leg es neben mich.“

Ich wandte mich um und sah, daß die weiße Frau und mein Onkel einen Streit hatten. Die weiße Frau hatte alle Mühe, meinen Onkel davon abzuhalten, den Kleinen auf den Arm zu nehmen. Er wollte das Kind durchaus wiegen.

Nun betrachtete ich das Kind, das ich über der Mutter ganz vergessen hatte. Es war ganz rosig. Babet sagte mit Überzeugung, es gleiche mir; die weiße Frau meinte, es habe die Augen seiner Mutter; ich wußte nicht, ich war zu Tränen ge-

rührt, ich küßte den Kleinen wie eine Hostie und glaubte immer noch, Babet zu küssen.

Ich legte das Kind auf ihr Bett. Es schrie unaufhörlich, aber das war für uns himmlische Musik. Ich setzte mich auf den Rand des Bettes, Onkel Lazare in einen großen Lehnstuhl, und Babet lag, müde und heiter, bis ans Kinn zugebedekt, mit weiten offenen Augen da und lächelte.

Das Fenster stand offen. Der Duft der Trauben wehte mit der lauen Luft des milden Herbstnachmittags herein. Man hörte das Stampfen der Winger, das Rattern der Karren, das Knallen der Weisthene; bisweilen hörte man auch den Gesang einer Magd, die über den Hof ging. All diese Geräusche klangen in der Heiterkeit des Zimmers milde, das noch vom Schluchzen Babet's ätzerte. Und das Fenster zeigte einen Ausschnitt vom Himmel und von der Erde einen breiten Streifen Landschaft. Hier sahen die Eichenalleen in ihrer ganzen Länge, dann die Durance, die sich wie ein weißes Atlasband durch das Gold und den Purpur des Laubes zog; während sich über diesem Erdenwinkel ein blaßblauer und rosa Himmel wölkte, der noch in seinen Tiefen durchsichtig war.

Unter der Ruhe dieses Horizontes, im Duft des Mooses, in der Freude der Arbeit und der Geburt, plauderten wir drei miteinander und betrachteten den lieben Kleinen Reugeborenen.

„Onkel Lazare,“ sagte Babet, „wie soll das Kind heißen?“

„Jean's Mutter hieß Jacqueline,“ antwortete der Onkel, „ich würde das Kind Jacques nennen.“

„Jacques, Jacques,“ wiederholte Babet... „Ja, das ist ein hübscher Name... Und was machen wir aus diesem Kleinen Mann: einen Pfarrer oder einen Soldaten, einen Herrn oder einen Bauer?“

„Ich mag zu lachen an.“

„Darüber können wir uns später noch den Kopf zerbrechen.“

„Aber nein,“ sagte Babet fast ärgerlich, „er wird schnell groß werden. Sieh nur, wie kräftig er ist. Seine Augen sprechen schon.“

Mein Onkel Lazare dachte wie meine Frau. Er sagte ernst:

„Macht keinen Priester und keinen Soldaten aus ihm, es sei denn, der Junge hätte eine ausgesprochene Neigung dazu... Einen Herrn aus ihm zu machen, das ist eine ernste Sache.“

Babet sah mich ängstlich an. Die liebe Frau hatte sanft ihren hübschen Stief in die Hand genommen, aber wie alle Mütter, auf ihren Seiten

wollte sie stolz sein. Ich hätte schwören mögen: sie sah ihn schon als Notar oder Arzt. Ich küßte sie und sagte sanft:

„Ich wünsche mir, daß das Kind in unserm lieben Land bleibe. Eines Tages wird er am Ufer der Durance eine sechzehnjährige Babet finden und ihr zu trinken geben. Weißt du noch? Dies Land hat uns den Frieden gegeben: unser Sohn soll Bauer werden wie wir und glücklich werden wie wir.“

Babet war ganz bewegt und küßte mich. Sie sah durchs Fenster auf die Bäume und den Fluß, auf die Wiesen und den Himmel hinaus; dann sagte sie lächelnd:

„Du hast recht, Jean. Das Land war gut gegen uns und wird auch gut gegen unsern kleinen Jacques sein... Onkel Lazare, du wirst der Paie eines Bauern sein.“

Onkel Lazare neigte müde und zärtlich zustimmend seinen Kopf. Schon eine Weile beobachtete ich ihn, ich sah, wie seine Augen sich verschleierten und seine Lippen blaß wurden. Er lag zurückgelehnt im Lehnstuhl, dem offenen Fenster gegenüber, er hatte seine weißen Hände auf die Knie gestützt und betrachtete starr in einer Art Verzückung den Himmel.

Ich wurde unruhig.

„Ist dir nicht wohl, Onkel Lazare? Was ist dir?“

„Worte, bitte, um Gotteswillen.“

Er hob sanft seine Hände, als wolle er mich bitten, leiser zu sprechen; dann ließ er sich zurückfallen und sagte mit schwacher Stimme:

„Es ist aus mit mir. In meinem Alter kann einen das Glück icken... Seid still... Mir ist, als wäre mein Körper ganz leicht; ich fühle meine Beine und meine Arme nicht mehr.“

Babet richtete sich erschrocken auf und sah Onkel Lazare an. Sie kniete vor ihm nieder und betrachtete ihn angstvoll. Er lächelte.

„Fürchtet euch nicht. Ich habe keine Schmerzen; eine Güte steigt in mir empor, ich glaube ich werde in einen gerechten und guten Schlaf fallen... Ganz plötzlich überkommt es mich, ich danke Gott dafür. Ach, mein armer Jean, ich bin den Berg von reich heruntergelassen, das Kind hat mir zu große Freude bereitet.“

(Fortsetzung folgt.)

# Breslauer Nachrichten.

Geheimrat v. Liebermann, Breslauer Polizeipräsident a. D., zur Ruhe gesetzt.

Die preussische Staatsregierung hat durch Beschluß vom 1. September den Polizeipräsidenten Liebermann in Breslau in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Die kommissarische Verwaltung ist dem Oberstaatsanwalt Kleibömer in Landsberg a. d. Warthe übertragen worden.

Das, was schon längst hätte geschehen sollen, einmal aus humanitären Gründen, einem wertvollen Menschen für angespannteste Arbeit die gebührende Ausspannung zuteil werden zu lassen; zum anderen Male aus Gründen der Staatsautorität, die erfordert, daß Staatsangestellte sich nicht in Widerspruch setzen zur Staatsregierung, wie es beinahe den Anschein hat nach den von uns in Nr. 204 der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ vom Dienstag, den 12. September, veröffentlichten Tatsachen über das Verbot der „Schlesischen Arbeiterzeitung“ begleitet die „Schlesische Bergwacht“ mit folgender Vermutung:

Welche besonderen Gründe hierfür vorliegen, ist noch nicht bekannt. Wahrscheinlich wird sich dieser reaktionäre Herr durch die Art seiner Betätigung etwas gar zu sehr bloßgestellt haben.

Dieser sozialdemokratische Simple, der glaubt oder auch nur vermutet, daß ein preussischer Polizeipräsident sich bloßgestellt haben könnte, kommt bei den preussischen Verwaltungsbeamten grundsätzlich nie vor, seit wir in Deutschland Republik machen.

Wiel näherliegend für die republikanische, sozialdemokratische „Schlesische Bergwacht“ wäre gewesen, aus ihrem Erfahrungsschatz Vermutungen anzustellen über Fähigkeiten und künftiges Wirken des neuen kommissarischen Polizeipräsidenten für Breslau, Herrn Oberstaatsanwalt Kleibömer aus Landsberg an der Warthe. Außerdem für die Arbeiterklasse Schlesiens vielleicht fruchtbarer für ihr künftiges Verhalten dem Breslauer Polizeipräsident gegenüber, sofern sie nämlich aus diesen Vermutungen einen objektiven Schluß für ihre künftige Politik ziehen würde und ihre weiteren sozialdemokratischen Bruderblätter in Schlesien, insbesondere die „Breslauer Volkswacht“, sich bemühen würden, eine geschlossene einheitliche Kampffront der schlesischen Arbeiterklasse im Ringen um ihre wirtschaftliche und politische Freiheit und gegen Ordegegnung und Reaktion herzustellen.

Wir erinnern uns und auch die Sozialdemokraten sehr an die Worte der sozialdemokratischen Führer von vor 14 Tagen, als sie den Kampf gegen die Reaktion im Munde hatten und die, als die Massen zu Hunderttausenden im ganzen Reich aufmarschierten, von der Konterrevolution ein wenig ernst genommen wurden, ja, der deutsch-nationalen Fraktion des Reichstages Gelegenheit gaben, bei der Reichsregierung über die Auslassungen der „Sozialistischen Korrespondenz“ zu reden, weil sie anlässlich der Ermordung des Abgeordneten Erzberger gesprochen hatte von einem „kalten, aber dauerhaften Haß der Arbeiterklasse“, von einer „schweren, blutigen Auseinandersetzung“ und vom „Kampf bis aufs Messer“, jerner im Artikel von Victor Schiff in der „Stampferischen Korrespondenz“, worin zu lesen war, daß die Helfertich und Ludendorff, die Westarp und Tirpitz Bekanntheit mit der Laterne hätten machen müssen, schließlich die Reden der Minister Junke und Antick in Wankenburg (Braunschweig), die von der Möglichkeit von Massenbesuchen auf dem Lande und von Fortkommnissen, die keine Regierung verhindern könne, redeten. Und wir erlauben uns nun die Frage an die sozialdemokratische Presse, ob all diese Worte nur dummes Geschwätz gewesen sind, die Arbeiterklasse mit Redensarten betrunken zu machen, oder ob auch dahinter der Wille steht, den Worten Taten folgen zu lassen.

## Breslauer Herbstmesse.

Breslau macht seit zwei Jahren die beständigsten Anstrengungen, um die Bedeutung als Handelsplatz wieder zu erlangen, daß es früher einmal, wo das unterirdische Großen der proletarischen Revolution noch aus weiter ferne Klang, gehabt hat. Gegenüber den mehr oder minder glücklichen verlaufenen früheren Messen hat die vergangene Herbstmesse unter dem Zeichen „Konjunktur“ gestanden. Die bürgerliche Journaille berichtet behäbig schmunzelnd, daß die Messe sich „im Zeichen der Hochkonjunktur“ befand. Sie ist auch so schlan und sagt eine halbe Wahrheit: „weil sie in eine Zeit der allgemeinen Preissteigerung und eines allgemeinen Kauftriebes fiel.“ Die Preisbewegung für Rohbaumwolle und Flachsgarne auf dem Weltmarkt, die Rohabverfälscherung und die Gesamtwertenerung aller Teile des Produktionsprozesses lassen eine so starke Verteuerung der Fertigfabrikate erwarten, daß die Detailhändler augenblicklich außerordentlich konjunktur sind, weil sie sich noch zu den niedrigeren Preisen eindecken wollen.“

Während die Proletarier einen erbitterten Kampf um ein paar Pfennig Lohnerhöhung führen müssen, um die Löhne nur in das gleiche Verhältnis zur Preissteigerung zu bringen, laßt der Kaufmann zu billigen Preisen ein, was er nur kann; weil sich die Proletarier mit so niedrigen Löhnen begnügen, was aus der kommenden Verteuerung um so größere Gewinne herauszubringen. Das bedeutet, wenn der Arbeiter durch die Verteuerung seinen Hungerriemen immer enger schmälern muß, heimlich der Kapitalist immer größere Gewinne ein, kann also noch ein viel größerer Schlemmerleben führen, als er schon führt.

Die großen Ergebnisse der Breslauer Messe, wie aller anderen Messen, sind darum nicht „Zeichen der Hochkonjunktur“, sondern des Niederganges, der ungeheuren Krise des Kapitalismus. Deshalb Niedergang, weil die Konjunktur immer an Kosten der Gesamtwirtschaft ihren Weg mit Wasser bestreut. Die Auswirkungen der Herbstmesse kommen im nächsten Frühjahr und Sommer, wenn die Arbeitslosigkeit Dimensionen annehmen wird, die das bisherige um vieles übersteigen wird.

Eines ist auf der Breslauer Herbstmesse neu gewesen: Sowjetrußland war durch seine Handelsvertretung in Deutschland dort vertreten. Doch Geschäfte schienen die schlesischen Unternehmer mit Sowjetrußland noch nicht machen zu wollen, sie zogen es lieber vor, Balmtageschäfte zu machen, als Ware an Rußland zu liefern.

Der Reiseleiter sei darum wie anderen einflussreichen Kreisen gesagt: alle Breslauer Messen werden – trotz

allem Lament und guten „Erfolgen“ ein Fiasko sein, wenn sie nicht mit dem Osten, mit Sowjetrußland, in wirkliche Verbindung kommen.

## Aus der Provinz. Frankenstein.

Im Monat August dieses Jahres gingen an die Firma Fritschler, Möbelfabrik in Frankenstein, drei Eisenbahnwagen aus Ulm ein. Der Inhalt der Wagen war aus eiserne Bettstellen angegeben, jedoch die Eisenbahnarbeiter waren auf der Hut und stellten fest, daß eine Revolverkanone, sowie 300 Schuß Artillerie-Munition und mehrere Kisten Handgranaten in dem Wagen sich befanden. Leider wurde die Behörde von diesen Sachen von der SPD in Kenntnis gesetzt, um Schutz zu gewähren. Landjäger standen solange Posten, bis die Waren, da sie doch der Firma nicht ausgeliefert waren, wieder verschoben waren.

Die Sache wurde in der hiesigen Zentrums-Presse veröffentlicht. Herr Fritschler, der große Fabrikant, welcher zurzeit in Zell am See steht, sandte an die Zentrums-Presse einen Brief und erklärte, daß der Sachverhalt ihm erst durch die Zeitung bekannt ist und er niemand die Erlaubnis zu dieser Sendung erteilt habe. Der beste Beweis sei, daß er bei seiner Abreise sein Personal nicht unterrichtet habe, wie es sich bei Eintreffen derartiger Sendung zu verhalten habe. Es liege entweder ein Versehen oder ein unerhörter Mißbrauch seiner Firma vor. Nun schweigt natürlich alles, um die Sache im Sande verlaufen zu lassen.

Eisenbahnarbeiter, merkt ihr, wie die Reaktion aufmarschiert? Wollt ihr nicht untergehen, so stärkt die Kampffront der schaffenden Klasse. Herr Fritschler ist ein wohlbekannter deutsch-nationaler Herr, dessen Name noch in Erinnerung steht, als am 4. Juni 1920 er aus einer deutsch-nationalen Versammlung flüchten mußte, da dieselbe von arbeitenden Massen aller Parteirichtungen gesperrt wurde. Und heute will der Herr seine Unschuld befehlen? Eisenbahnen, seid scharf auf der Hut und laßt keinen Wagen unbeobachtet derartigen Firmen zugehen.

Erkennt den Ernst der Zeit, ehe es zu spät ist.

Nieder-Salzbrunn. Ein recht unangenehmer Hauswirt ist der hier in der Bahnhofskolonie wohnende Kaufmann Steinberg. Wohnt da bei ihm eine alte 74 jährige Witfrau Wolny, die beabsichtigt, ihre Wohnung aufzugeben, und da dieselbe ein Zimmer ihrer Wohnung an einen Herrn vermietet hatte, der verzogen ist, auch ordnungsgemäß dieses Zimmer bei dem hiesigen Wohnungsamt sowie bei dem

## Die Sammlung für die Russenhilfe

hat in einigen Distrikten bereits einen guten Erfolg gezeitigt. Genossen, erlaubt nicht in der Tätigkeit, den Hungervenden Hilfe zu bringen.

## Rußlands Not ist eure Not.

Der Sieg der russischen Arbeiter und Bauern über Naturgewalten und Menschenkräfte ist für die Menschheit erlösend. Darum seid Bundesgenossen in diesem Kampf.

## Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe.

Hauswirt als frei gemeldet hat. Daß nun Frau W. die Wohnung auch beim Wohnungsamt als frei gemeldet hat, brachte den Hauswirt Steinberg in die größte Wut. Derselbe begab sich am Mittwoch, den 7. d. M., in die Wohnung der Witfrau W. und stellte dieselbe unter Gebrauch der gemeinsten Schimpfereien zur Rede als alte, verfluchte bankrotte Väterkerche, wie können Sie sich erdreisten, das freie Zimmer beim Wohnungsamt zu melden, statt mir bei mir? Ihnen werde ich es anstreichen! Damit nicht genug, dieser jandere Herr gab der alten 74 jährigen geschicklichen Frau einen Stoß vor die Brust, so daß diese zu Boden stürzte. Auf die Hilferufe der Frau verschwand dieser jaubere Patron schlemmig, und nun möchte es dieser nette Hauswirt auch noch gerne den Lenten einreden, er hätte die Frau W. gar nicht angefaßt. Doch wir können dem Herrn nur rathen, daß für ihn das hie Ende noch nachkommt. Als recht angenehmer Hauswirt ist Herr Steinberg bei seinen Mietern, welche das Vergnügen haben, in seinen drei Häusern zu wohnen, schon recht gut bekannt. Den hiesigen Arbeitern geben wir den Rat, diesem Herrn Kaufmann Steinberg auch im Geschäftlichen im großen Bogen aus dem Wege zu gehen, vielleicht lernt er dann die Arbeiter etwas höher schätzen. Wie ist diesem Hauswirt wohl am besten ein anderes Benehmen beizubringen?

Gränberg (Schlef.). Die hiesige Zahlstelle des Bauarbeiter-Verbandes hielt am 29. d. eine Versammlung ab, in der u. a. auch Bericht über die stattgefundenen Lohnverhandlungen in Breslau gegeben wurde. Es war von Seiten des Bauarbeiter-Verbandes eine Lohnforderung von 1.50 bis 2.50 M. gestellt worden; bewilligt wurde 1. — M. pro Stunde. Also das selbe Bild wie allenthalben: Lohnabbau auf der ganzen Linie. Allgemeine Enttäuschung wurde zum Ausdruck gebracht über das Verhalten des Gewerkschafts, indem der Zahlstelle Vorhalt, wo die Kollegen sich im Streit befinden, die Streikunterstützung gewährt wurde, weil der Bezirk Gränberg in einer Urabstimmung die Beitragserhöhung abgelehnt hat. Wie lange noch werden sich die freigeberischen Mitglieder derartiges gefallen lassen?

## Aus dem Waldenburger Revier.

### Bergbau.

Während des Streiks der Bergarbeiter im Waldenburger Revier wurde das Mitglied August Hielscher wegen Verletzung am Streik vom Grubenbesitzer gemahngel. Es war ihm unmöglich, im Waldenburger Revier wieder Arbeit zu finden, so daß er sich gezwungen sah, nach Rheinland-Verfahren überzugehen. Dort hatte sich Hielscher an die zuständige Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes gewandt, um Anzehlung der betriebsmäßigen Umzugsentschädigung. Die Zahlstelle im Rheinland warnte sich daraufhin an die bisher zuständige Ortsverwaltung in Göttersberg wegen der Verletzung dieser Forderung. Die Verbandszahlstelle Göttersberg gab daraufhin folgenden Bescheid, den wir wörtlich abdrucken wollen:

Den 18. Juli 1921.

Herrn Adolf Grünher.

Werter Kamerad! Betreffs des Kameraden August Hielscher wegen Umzugsgehd teile ich Dir folgendes mit. Der Kamerad wurde während des Streiks verhaftet auf Grund einer kommunistischen Geheimkonferenz. Wegen des Streiks ist er nicht gemahngel, sondern er wurde wegen seiner Verhaftung arbeitslos. Die Entlassung hatte wegen Verbands- und Streikgeschichte nichts zu tun und ich konnte auch die Unterstützung, welche von einer Versammlung, welche von kommunistischer Seite beeinflusst wurde, bewilligt wurde, nicht als Gemahngel-Unterstützung eintragen. Eine Bescheinigung kann deshalb auch die Bezirksleitung nicht ausstellen, wenn sich der Kamerad dort-her dem Verbands gegenüber vernünftig verhält, könnt Ihr ihm nach Eurem Ermessen eine Unterstützung auszahlen. Hier hat sich der Kamerad gegen Betriebsräte und Verbandsfunktionäre in einer ganz schosfen und niederträchtigen Weise verhalten. Besten Gruß Paul Scholz.

Das Schreiben ist so recht bezeichnend für den Geist der Huesfreunde. Mit Hunger wollen sie ihre Auftraggeber gefügig machen. Vernunft nehmen diese „Geister“, wie die Päpste, nur für sich in Anspruch. Warum aber dieser schändliche Dammstrahl? Nun, Hielscher war in Waldenburg ein tüchtiges und fleißiges Mitglied der kommunistischen Partei. Deshalb wurde er als Streikender – und nicht etwa als Verhafteter – gemahngel; deshalb kam er auf die schwarze Liste und mußte auswandern und deswegen schwingt die Verbandsbürokratie über ihn die Hungerpeitsche bis er „vernünftig“ wird.

Die Gewerkschaftsbürokratie Arm in Arm mit den Kapitalisten gegen revolutionäre Arbeiter! Früher nannten dieselben Gewerkschaftsführer Arbeiter, die so handelten, wie sie heute handeln, Gelbe und Schandbuben. Heute schämen sich die zu Posten gekommenen „Sozialisten“ nicht einmal über ihre noch viel schlimmeren Schandbubenleistungen.

## Zengen und Auser.

Vom Wesen des Bürgerkrieges.

Es ist wahr, wir leben in Verhältnissen eines schweren wirtschaftlichen Verfalls; der Erschöpfung, der Arbeit, des Hungers. Das ist aber kein Beweisgrund gegen das Sowjetregime. Alle Uebergangszeiten waren durch ähnliche tragische Züge gezeichnet. Jede Klassen gesellschaft (das Sklaventum, die feudale, die kapitalistische Gesellschaft) verschwindet, nachdem sie sich erschöpft hat, nicht einfach vom Schauplatz, sondern wird durch angelegentlich inneren Kampf hinweggefegt. Der Kampf legt den Beteiligten oft Entbehrungen und Leiden auf, die größer sind als diejenigen, gegen die sie sich erhoben hatten.

Der Uebergang von der Feudalwirtschaft zur bürgerlichen Wirtschaft – ein Umschwung von gewaltiger fortschrittlicher Bedeutung – stellt eine ungeheuerliche Leidensgeschichte vor. Wie sehr auch die Leibeigenen unter dem Feudalismus litten, wie schwer es auch das Proletariat unter der Herrschaft des Kapitalismus hatte und hat, niemals haben die Leiden der Werktätigen eine solche Schärfe erreicht, wie in dem Zeitabschnitt, als das alte Feudalstern gewaltsam gebrochen wurde und dem neuen Regime den Platz räumte. Die französische Revolution des 18. Jahrhunderts, die ihren gigantischen Schwung dem Andrang der gequälten Massen verdankt, verströmt und verschärfte ihre Leiden für eine längere Zeit außerordentlich.

Revolutionsereignisse, die nur zu einem Personalwechsel an der Spitze führen, können in kurzer Zeit vollzogen werden, fast ohne sich im Wirtschaftsleben des Landes widerzubiegeln. Anders die Revolutionen, die ganze Millionen Bevölkerung in ihren Wirbel ziehen. Welche Form auch eine Gesellschaft haben mag, sie beruht auf Arbeit. Dadurch, daß die Revolution die Volksmassen der Arbeit entzieht, sie für eine längere Zeit in den Kampf wirft und infolgedessen ihre Produktionsbeziehungen stört, bringt sie der Wirtschaft Schläge bei und drückt sie zu einem wirtschaftlichen Zustand herab, den sie an ihrem Eingang erreicht hatte. Je tiefer die soziale Umwandlung ist, je mehr Massen sie berührt, je länger sie dauert, desto mehr zerstört sie den Produktionsapparat, desto mehr verheert sie die Vorräte. Hieraus folgt nun der Schluß, der keines Beweises bedarf, daß der Bürgerkrieg die Wirtschaft schädigt. Das aber auf die Kosten des Sowjetsystems stellen zu wollen, ist das selbe, wie ein neues menschliches Wesen für die Geburtswunden der Mutter verantwortlich zu machen, die es zur Welt gebracht hat. Die Aufgabe besteht darin, den Bürgerkrieg zu vertuschen. Das jedoch wird nur durch Entschlossenheit des Handlens erreicht.“

Aus dem Vorwort des Buches von Trotski: „Terrorismus und Kommunismus“. Erschienen 1920 bei Hohn Nachfolger, Cohnsleben, Hamburg, Admiralitätsstraße 19. Das Buch ist eine der glänzendsten Auseinandersetzungen mit dem Menschewismus.

Zu haben in der „Kommunistischen Bucherei“, Breslau V, Gräblicher Straße 45.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei G. m. b. H., Berlin SW 48.



Wetterfestes Schuhwerk.  
Ludwig Herz,  
Blücherplatz 4.

## Schauspielhaus.

Operettenabende. 21. Aug. 25.5.  
Heute und täglich 7 1/2 Uhr:  
„Das Hollandweibchen“.  
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:  
Der Zigeunerprimas.

## Liebtich-Theater.

Täglich 7 1/2 Uhr:  
Das große  
September-Programm.

Sie bestelle hiermit Exemplar der

## „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“

Organ der kommunistischen Partei Deutschlands.  
(Section der kommunistischen Internationale.)

Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.

Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name:

Beruf:

Ort:

Straße und Hausnummer: